



BERLIN DEPESCHE

Zeitung für den Bundestagswahlkreis Köln I (Porz, Kalk, nördliche Innenstadt)

10. JAHRGANG • NR. 65

AUGUST 2011

STANDPUNKT

- 2 Bessere sozialdemokratische Alternativen

WAHLKREIS

- 3 Wanderung in der Wahner Heide mit Martin Dörmann und Jürgen Schumann am 4. September
- 3 Kurz berichtet: Hannelore Kraft beim CSD; Porzer Äadäppelsdag; Poller Kindergartencup; Sommer-Pausen der drei Bürgerbüros; Kalker Stadtgarten-Fest;

KÖLN

- 4 „Fraktion vor Ort“-Veranstaltungen der Kölner SPD-Bundestagsabgeordneten zu aktuellen politischen Themen
- 5 Dialogkreis Netzpolitik mit Amir Kassaei
- 5 FES-Veranstaltung: „Welche Lobby braucht das Netz?“
- 5 Hafenausbau in Godorf nach Bürgerbefragung
- 5 Mobiles Turbonetz für Köln

BUNDESTAG

- 6 SPD-Anträge zum Telekommunikationsrecht
- 6 „Schnelles Internet für alle“ – SPD will Breitband-Grundversorgung gesetzlich absichern
- 7 Fünf Fragen zum Breitband-Universaldienst
- 7 Aktuelles zur Internet-Enquete-Kommission
- 8 Kölner Sorgen um aktive Arbeitsmarktpolitik
- 8 Arbeitsmarktpolitische Antrag der SPD
- 10 Beschlüsse und SPD-Positionen zur Energie-wende
- 12 Präimplantationsdiagnostik in engen Grenzen erlaubt

SERIE: POLITISCHE INTERNETSEITEN

- 14 Deutscher Bundestag

INFOS UND IMPRESSUM

- 16 Arbeitsschwerpunkte, Sitzungswochen, Büros, Impressum



Hannelore Kraft war bei der Abschlusskundgebung des diesjährigen CSD auf dem Kölner Heumarkt bester Stimmung (Kurzbericht auf Seite 3)

Energiewende

Beschlüsse und SPD-Positionen

Seite 10

Homepageausgabe • Redaktionsschluss: 20.7.2011

Bessere sozialdemokratische Alternativen

SPD-Konzepte und ein starkes Führungstrio gegen schwarz-gelbe Orientierungslosigkeit

Sehr geehrte Damen und Herren,

knapp zwei Jahre nach der letzten Bundestagswahl gilt die **schwarz-gelbe Koalition** als eine der schlechtesten Regierungen in der Geschichte der Bundesrepublik. Der Spiegel sprach in seiner Titelgeschichte Ende Juni sogar von einer „**Nicht-Regierung**“. In vielen Fragen herrscht Konzeptionslosigkeit oder politischer Rückschritt. Hinzu kommen unberechenbare politische Pirouetten und ein schwaches „Führungspersonal“.

Die **SPD** hat in den letzten Monaten ihre besseren **Alternativen** vorgelegt.

Beispiel **Gesundheitspolitik**: Die schwarz-gelbe Gesundheitsreform wurde einseitig auf dem Rücken der Versicherten und Patienten umgesetzt. Die SPD hat ein solide gerechnetes Modell für eine **solidarische Bürgerversicherung** vorgelegt. Die Arbeitgeber tragen danach einen paritätischen Anteil an den Kostensteigerungen im Gesundheitswesen, die aufgrund der demografischen und technischen Entwicklung absehbar sind.

Beispiel **Pflegeversicherung**: Auch hier will Schwarz-Gelb die steigenden Lasten privatisieren. Die SPD-Bundestagsfraktion hat Anfang Juli ein **Orientierungspapier zur Pflegereform** vorgelegt. Darin geht es insbesondere um eine bessere Pflegeinfrastruktur und bessere Pflegebedingungen, vor allem für Demenzerkrankte. Wir ducken uns vor den Problemen nicht weg sondern zeigen den Menschen Perspektiven auf.

Beispiel **aktive Arbeitsmarktpolitik**: Mit nie da gewesenen Kürzungen bei der Arbeitsförderung grenzt die Bundesregierung vor allem Langzeitarbeitslose aus. Die SPD-Bundestagsfraktion hat vor der Sommerpause ihre Alternativen in einem **Bundestagsantrag** dargelegt. Wir wollen die Spaltung des Arbeitsmarktes überwinden und auch die mitnehmen, die ohne eine leistungsfähige Arbeitsförderung keine Chancen auf dem Arbeitsmarkt haben. Wir setzen auf Bildung und Qualifizierung und wollen die öffentlich geförderte Beschäftigung ausbauen.

Beispiel **Energiewende**: Die erst im letzten Jahr von Schwarz-Gelb durchgedrückte Laufzeitverlängerung hat den Atomausstieg unnötig verlangsamt und verteuert. Die von der Bundesregierung in Windeseile vorgelegten und vom Bundestag beschlossenen Gesetze sind zum Teil nicht konsequent genug

oder einfach schlampig gemacht. Die SPD hatte längst ihr vernünftiges **energiepolitisches Konzept** vorgelegt und kürzlich in einem Bundestagsantrag eingebracht. Es geht darum, die Energiewende so zu organisieren, dass Energie sicher, umweltfreundlich und bezahlbar ist. Dazu gehört der beschleunigte Ausbau der Netze und erneuerbarer Energien ebenso wie die gezielte Förderung von Energieeffizienz.

Beispiel **Steuerpolitik**: Um der FDP das Überleben bei der nächsten Bundestagswahl zu ermöglichen, plant die Koalition Steuersenkungen auf Pump, trotz Milliarden-Neuverschuldung. Das ist der falsche Weg. Die SPD wird nach der Sommerpause ein stimmiges **Steuer- und Abgabekonzept** vorlegen. Wir wissen: Deutschland kann sich Steuersenkungen, die vor allem Besserverdienenden zu Gute kommen, nicht leisten. Wir setzen auf eine solide

Finanzierung staatlicher Aufgaben. Dort, wo Entlastungen für kleine und mittlere Einkommen sinnvoll sind, müssen sie solide gegenfinanziert werden.

Beispiel **Euro-Krise**: Merkel begegnet der größten Herausforderung in der Geschichte der EU von Anfang mit innenpolitischen Kalkül und ohne umfassendes Konzept. Deutschland hat hierdurch seine Führungsrolle in Europa unnötig aufs Spiel gesetzt. Dadurch werden die Folgen für die Märkte und die Steuerzahler immer unberechenbarer. Wir brauchen jetzt eine nachhaltige europäische Lösung. Hierzu haben **Sigmar Gabriel, Frank-Walter Steinmeier** und **Peer Steinbrück** ihre Vorschläge dargelegt und der Bundesregierung zugleich die Zusammenarbeit angeboten. Europa kann sich das Merkelsche „Durchwursteln“ nicht länger leisten. Notwendig ist eine langfristige Strategie statt kurzfristiger Taktik.

Die Beispiele ließen sich beinahe beliebig fortsetzen. Sie belegen nicht nur, dass Deutschland schlecht regiert wird, sondern dass es sowohl inhaltlich wie personell **bessere Alternativen** gibt.

Sozialdemokratische!

Herzlichst

Ihr



Wanderung durch die Wahner Heide am 4. September

Unterwegs mit Martin Dörmann und Jürgen Schumann

Zum 3. Mal lädt **Martin Dörmann** interessierte Bürgerinnen und Bürger zu einer gemeinsamen Wanderung durch die Wahner Heide ein. Begleitet und kommentiert wird die Führung erneut durch den Journalisten **Jürgen Schumann**, bekannter Dokumentarfilmer und ausgewiesener Kenner der Heidelandschaft. Treffpunkt ist am Sonntag, den 4. September um 10:00 Uhr auf dem Parkplatz Altenrather

Straße. Eine Anmeldung ist nicht erforderlich. Dauer der Wanderung: etwa zwei bis drei Stunden, je nach Wetterlage. Diesmal führt die Tour über den Telegaphenberg mit seiner großartigen Aussicht auf die offene Südheide und die Scheuerbachsenke. Weitere Stationen sind der Ravensberg und die Eremitage, das legendäre Klösterchen auf dem Hang zum Mauspfad.

Kurz berichtet

Hannelore Kraft kam zum CSD

Zur Abschlusskundgebung des Kölner CSD auf dem Neumarkt am 3. Juli war mit Hannelore Kraft erstmals die Spitze der Landesregierung NRW zu Besuch. In ihrer engagierten Rede betonte sie die Notwendigkeit, sich für die vorurteilsfreie Gleichberechtigung von Homosexuellen einzusetzen. Zuvor hatte sie die Stände der Schwusos und von SchLAuNRW besucht.



Michael Schmidt, Elfie Scho-Antwerpes, Martin Dörmann, Hannelore Kraft, Vahid Güzelburc, Tine Hördum, Karsten Löffert, Fabian Spiess und Ingrid Hack beim CSD

Porzer Äädäppelsdag am 18. September

Der SPD-Ortsverein Porz-Mitte, Zündorf, Langel veranstaltet am 18. September von 12 bis 19 Uhr zum neunten Mal den traditionellen Äädäppelsdag auf dem Zündorfer Marktplatz. Unter der Schirmherrschaft des SPD-Landtagsabgeordneten **Jochen Ott** präsentiert sich auch dieses Jahr eine bunte Mischung von Kunsthandwerkern. Daneben gibt es ein abwechslungsreiches Musik- und Theaterprogramm sowie kostenlose Spiele für die „Pänz“. Kulinarisch werden die Gäste mit frischen Reibekuchen und kalten Getränken zu zivilen Preisen verwöhnt. Prämiert wird erneut die dickste Kartoffel, mit einer Reise für zwei Personen nach Berlin. Der SPD-Ortsvereins-Vorsitzende **Michael Frenzel** hofft auf gutes Wetter und freut sich auf eine rege Teilnahme.

Poller Kindergartencup

Strahlender Sonnenschein erwartete am 4. Juni die Mädchen und Jungen aus den Poller Kindergärten auf dem Vereinsgelände des VfL Rheingold Poll. Unter der Schirmherrschaft von **Martin Dörmann** traten fünf Mannschaften an, den begehrten Wanderpokal zu holen. Am Ende gab es ganz viele Gewinner und einen Sieger: die 1. Mannschaft des Katholischen Kindergartens St. Joseph.

Sommer-Pausen der drei Bürgerbüros

Auch in diesem Jahr legen die drei Bürgerbüros von Martin Dörmann jeweils eine Sommerpause ein. Die Büros bleiben wie folgt geschlossen:

Bürgerbüro Porz: 15. bis 26. August;

Bürgerbüro Kalk: Informationen in Kürze unter stephangatter.de;

Bürgerbüro Köln (Innenstadt): 8. bis 26. August.

Kalker Stadtgarten-Fest

Auf Initiative von **Robert Jäger** (SPD) kamen am 28. Mai zahlreiche Bürgerinnen und Bürger zum Fest im Kalker Stadtgarten. OB **Jürgen Roters** und **Martin Dörmann** dankten allen ehrenamtlichen Helfern und betonten die Bedeutung des Stadtgartens für die Menschen in Kalk.



Jürgen Roters, Robert Jäger, Timon Delawari und Martin Dörmann

„Fraktion vor Ort“ - Veranstaltungen der SPD-Bundestagsabgeordneten

Konferenz zur Stärkung der Kommunalfinanzen

Auf Einladung der drei Kölner SPD-Bundestagsabgeordneten diskutierten am 12. Juli Experten über die Notwendigkeit und mögliche Wege, die Kommunalfinanzen zu stärken. Rund 100 Gäste kamen in die Räume des LVR in Deutz.

Alle Teilnehmer waren sich mit OB **Jürgen Roters** und SPD-Landtagsabgeordneten **Martin Börschel** einig, dass die Kommunen stark unterfinanziert sind. **Bernd Scheelen**, MdB, kommunalpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, stellte in seiner Einführungsrede dar, welche Maßnahmen die SPD ergriffen hat und weiter plant, um den großen Herausforderungen gerecht zu werden.

Dazu gehört insbesondere ein größerer Anteil des Bundes an der Finanzierung der Sozialleistungen.



Talkrunde mit Bernd Scheelen, Martin Dörmann, Jürgen Roters und Martin Börschel

Weitere Veranstaltungen der Reihe in den nächsten Monaten:

Konferenz zur Arbeitsmarktpolitik

Vortrag und Diskussion mit:

Katja Mast, MdB

Stellvertretende arbeitsmarktpolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion

Freitag, 9. September 2011, 14:00 Uhr

(Nähere Informationen zum Tagungsort in Kürze auf der Homepage)



Sozialdemokratische Energiewende

Programm für eine nachhaltige, bezahlbare und sichere Energieversorgung!

Vortrag und Diskussion mit:

Ulrich Kelber, MdB

Stellv. Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Dienstag, 13. September 2011, 19:00 Uhr

Kölner Ruderverein von 1877 e.V., Clubhaus/Restaurant Barbarastraße 47-49, 50996 Köln (Rodenkirchen)



Europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik

Vortrag und Diskussion mit:

Peer Steinbrück, MdB

Mittwoch, 16. November 2011, 19:00 Uhr

(Nähere Infos zum Tagungsort demnächst auf der Homepage)



Dialogkreis Netzpolitik mit Amir Kassaei

Am 30. Mai traf sich der von **Martin Dörmann** initiierte Dialogkreis Netzpolitik in den Räumlichkeiten von **United Prototype** am Friesenplatz. Wie bei den vorangegangenen Veranstaltungen stieß das Treffen auf großen Zuspruch hochrangiger Vertreter/innen aus Medien, Politik und Wirtschaft.



Ibrahim Evsan, Martin Dörmann und Amir Kassaei (v.l.) freuten sich über eine spannende Diskussion

Prominenter Gast war diesmal **Amir Kassaei**. Der iranisch-österreichische Kreativchef der großen Werbeagentur DDB zählt zu den Top 3 der Werbebranche weltweit. Nach ein paar einleitenden Worten von Martin Dörmann diskutierte Kassaei im Dialog mit United Prototype-Mitbegründer **Ibrahim Evsan** über Werbung, Kommunikation und Trends im Internet. Am Beispiel des Medienkonzerns Apple erläuterte der Werbeprof, wie sehr das Internet das alltägliche Leben und das Konsumverhalten verändert. Der User lege immer mehr Wert auf Style. Kassaei ist sich sicher, dass die klassische Werbung aus der digitalen Welt verdrängt werden wird. Die Relevanz eines Produktes sei immer stärker von der Qualität abhängig, die im Netz leicht kontrolliert werden könne. Vom sozialen Netzwerk „Facebook“ erwartet er, dass der Konzern dazu übergehen wird, sich neben einer sozialen Kommunikationsplattform auch zu einer Transaktionsplattform zu entwickeln. Das würde eine endgültige Verschmelzung der Online- und Offline-Welt bedeuten.

FES-Veranstaltung: „Welche Lobby braucht das Netz?“

Auf einer Veranstaltung der Friedrich-Ebert-Stiftung im KOMED (Mediapark) diskutierten am 11. Juli Internet-Experten zum Thema: „Die digitale Gesellschaft und ihre Freunde oder: welche Lobby braucht das Netz?“. In seiner Begrüßungsrede ging **Martin Dörmann** auf den Zwischenstand der politischen

Debatte in der Internet-Enquete-Kommission des Bundestages ein. Anschließend diskutierten unter der Moderation des Journalisten **Dirk Müller: Lars Klingbeil, MdB, Alvar Freude, Falk Lücke und Valentina Kerst**. Es entwickelte sich eine lebhafte Debatte, auch mit den rund 80 Gästen im Publikum.

Nach der Bürgerbefragung: Hafenausbau in Godorf kann kommen

Es bleibt beim vom Rat der Stadt Köln bereits beschlossenen Ausbau des Godorfer Hafens. Bei der auf Initiative der SPD durchgeführten Bürgerbefragung am 10. Juli erreichten weder Befürworter noch Gegner das erforderliche Quorum. Der Rat hatte angekündigt, sich an dem mehrheitlichen Votum der Befragung zu orientieren, sofern mehr als ein Zehntel aller Stimmberechtigten ihre Stimme für oder

gegen die Erweiterung abgeben würden. Mindestens 87.901 Stimmen für eine der Optionen wären somit nötig gewesen, um den Beschluss des Rates zu beeinflussen. Tatsächlich gaben insgesamt nur 14,8 % der rund 880.000 Wahlberechtigten ihre Stimme ab. Dabei entschieden sich 72.787 Kölner (55,95 Prozent) gegen den Ausbau, 57.307 (44,05 Prozent) dafür.

„LTE City Köln“: Mobiles Turbonetz für die Domstadt

Anfang Juni fand im Kölner Rheinauhafen der bundesweite Startschuss der Telekom für die neue mobile LTE-Technologie statt. Sie ermöglicht schnelles Surfen mit Geschwindigkeiten von bis zu 100 Megabit pro Sekunde.

Bei der Präsentation waren mit dabei (v.l.): OB **Jürgen Roters**, **Martin Dörmann**, Telekom-Vorstände **René Obermann** und **Niek Jan van Damme** sowie NRW-Wirtschaftsminister **Harry Voigtsberger**.



Novellierung des Telekommunikationsrechts

SPD-Anträge zu Breitbandausbau, Verbraucherschutz und Netzneutralität

Zur anstehenden Novellierung des Telekommunikationsrechts hat die SPD-Bundestagsfraktion gleich drei Bundestagsanträge vorgelegt. Sie behandeln wegen der besonderen Bedeutung jeweils ein Schwerpunktthema und gehen insgesamt deutlich über das hinaus, was im von der Bundesregierung vorgelegten Gesetzentwurf enthalten ist. Im Einzelnen sind dies folgende Anträge, die auf den Internetseiten des Bundestages und von Martin Dörmann abgerufen werden können:

- „**Schnelles Internet für alle – Flächendeckende Breitband-Grundversorgung sicherstellen und**

Impulse für eine dynamische Entwicklung setzen“ (Drucksache 17/5902) – siehe unten;

- „**Verbraucherschutz in der Telekommunikation umfassend stärken“ (Drucksache 17/4875);**
- „**Netzneutralität im Internet gewährleisten – Diskriminierungsfreiheit, Transparenzverpflichtungen und Sicherung von Mindestqualitäten gesetzlich regeln“ (Drucksache 17/5367).**

Alle drei Anträge wurden unter Federführung von **Martin Dörmann** erarbeitet, der zuständiger Berichterstatter der SPD-Fraktion ist.

„Schnelles Internet für alle“

SPD will Breitband-Grundversorgung als Universaldienst absichern

Schnelles Internet für alle muss endlich flächendeckend realisiert werden. In unserer Informationsgesellschaft nimmt die Bedeutung der Telekommunikation und insbesondere des Internets ständig zu. Wir dürfen es nicht hinnehmen, dass noch immer zahlreiche Kommunen nicht angemessen versorgt sind. Viele Menschen und Betriebe werden damit von der Teilhabe am technischen Fortschritt ausgeschlossen.

Darauf muss die Politik konsequent reagieren. Die Bundesregierung tut viel zu wenig, um eine flächendeckende Versorgung sicherzustellen. Der von ihr vorgelegte Gesetzentwurf zur Novellierung des Telekommunikationsrechts ist auch in dieser Hinsicht unzureichend. Er setzt im Wesentlichen lediglich zwingende EU-Vorgaben um, ohne eigene Impulse für den Breitbandausbau zu setzen.

Die SPD-Bundestagsfraktion legt in ihrem Antrag ein Maßnahmenbündel vor, das weit über die Regierungsvorschläge hinausgeht. So fordern wir die gesetzliche Absicherung einer Breitband-Grundversorgung durch Einführung eines Universaldienstes. Dieser Internet-Universaldienst soll sicherstellen, dass eine angemessene Breitband-Grundversorgung auch dann verwirklicht wird, falls wettbewerbliche Lösungen nicht greifen. Zudem soll sich dieser Dienst europarechtskonform an der Bandbreite orientieren, die derzeit von der Mehrheit der tatsächlichen Nutzer verwendet wird.

Marktverwerfungen sind hierdurch nicht zu befürchten. Weitgehend wird sich die Grundversorgung voraussichtlich durch den derzeitigen Ausbau der neuen LTE-Technologie durch die Mobilfunkunternehmen realisieren lassen. Noch verbleibende Lücken dürfen wir jedoch auf keinen Fall hinnehmen.

Der Antrag enthält darüber hinaus weitergehende Maßnahmen, um die Rahmenbedingungen für notwendige Breitbandinvestitionen deutlich zu verbessern. Wir wollen für eine dynamische Entwicklung sorgen, die einer innovations- und investitionsfreundlichen Regulierung, die die Unternehmen der Telekommunikationsbranche zu neuen Investitionen ermuntert und Planungssicherheit schafft. Zudem müssen die planungsrechtlichen Bedingungen optimiert werden, um Synergiepotenziale bei öffentlichen Infrastrukturen zu nutzen. Förderprogramme sollten ausgebaut und zielgenauer aufeinander abgestimmt werden. Durch ein neues KfW-Sonderprogramm könnten mit Hilfe einer Zinsverbilligung zusätzliche Investitionen in Milliardenhöhe angestoßen werden.

Wir fordern die Regierungskoalition auf, unsere Vorschläge im weiteren Gesetzgebungsverfahren aufzugreifen und fraktionsübergreifend auf den Weg zu bringen. Zudem soll unverzüglich ein nationaler Breitbandgipfel einberufen werden, um weitere Maßnahmen gemeinsam mit Ländern und Kommunen zielgenau abzustimmen.

→ Der Antrag ist zum Download eingestellt unter www.martin-doermann.de/live/2011/05/25/schnelles-internet-fur-alle-antrag-der-spd-bundestagsfraktion/

→ Die Bundestagsrede zum Thema als Video: www.martin-doermann.de/live/2011/05/12/rede-zum-entwurf-eines-gesetzes-zur-anderung-telekommunikationsrechtlicher-regelungen/

Fünf Fragen zum Breitband-Universaldienst

Interview mit Martin Dörmann in „Das Parlament“

98,5 Prozent der Haushalte haben einen Breitband-Internetanschluss von mindestens 1 Megabit pro Sekunde. Das ist fast Vollversorgung, sagt die Bundesregierung. Sie zweifeln diese Zahlen an. Warum?

Die zitierten Angaben stammen aus dem sehr ungenauen Breitbandatlas. Der beruht auf freiwilligen, nicht überprüften Unternehmensangaben und stellt theoretische Maximalwerte dar, die faktisch oftmals nicht erreicht werden. Nach Brancheneinschätzungen dürften die tatsächlichen Zahlen heute noch um etliche Prozentpunkte darunter liegen.

Warum wollen Sie Breitband-Internet als Universaldienst ins Telekommunikationsgesetz aufnehmen?

Wir müssen allen die Teilhabe am technischen Fortschritt ermöglichen. Menschen und Unternehmen sind immer stärker auf eine Versorgung mit schnellem Internet angewiesen. Auch im Beruf, in der Schule und in der Freizeit wird das oft vorausgesetzt. Ein Internetzugang gehört deshalb heute zur Daseinsvorsorge dazu, und zwar in allen Regionen.

Was bedeutet eigentlich ein Universaldienst für die Kunden?

Er kann darauf vertrauen, dass ihm die festgelegte Leistung in ganz Deutschland angeboten wird, wenn auch nicht kostenlos.

Können denn die dünn besiedelten Räume nicht heute schon durch neue Techniken wie LTE-Funk oder Satellit versorgt werden?

Sie könnten, werden es eben aber nicht vollständig! Wenn man den Ankündigungen der Mobilfunkunternehmen Glauben schenken darf, werden durch den bereits begonnenen LTE-Ausbau gut 99 Prozent der Haushalte bis 2012 mit einer Bandbreite von über drei Megabit pro Sekunde angeschlossen sein. Es verbleiben aber weiterhin "weiße Flecken". Das dürfen wir nicht länger hinnehmen. Gerade weil wir nun kurz vor dem Ziel einer flächendeckenden Abdeckung stehen.

Besteht nicht die Gefahr einer Überregulierung des Marktes? Warum schon wieder neue Regeln?

Es ist richtig, in erster Linie auf Wettbewerb zu setzen. Der wird durch einen Universaldienst gar nicht ausgehebelt. Aber wir müssen endlich auch dort, wo bislang aus Kostengründen keine Breitbandinvestitionen erfolgen, eine Lösung schaffen. Und zwar europarechtskonform, technologieneutral und ohne Marktverzerrungen. Das sieht der Antrag der SPD-Bundestagsfraktion ([17/5902](#)) vor, nach einer Übergangsfrist ab 2013. Im Falle einer gesetzlichen Festbeschreibung hoffe ich darauf, dass die Unternehmen motiviert werden, den letzten Lückenschluss von sich aus vorzunehmen. Dann wären zusätzliche regulatorische Maßnahmen überflüssig. Es wäre schön, wenn wir das in einem übergreifenden Konsens jetzt hinbekämen. Der Universaldienst ist aber das notwendige Sicherheitsnetz.

Das Interview mit Martin Dörmann führte Hans-Jürgen Leersch. Es erschien in der politischen Wochenzeitung „Das Parlament“ (Ausgabe vom 4. Juli 2011).



Martin Dörmann setzt sich dafür ein, die flächendeckende Versorgung mit schnellem Internet gesetzlich abzusichern

Aktuelles zur Internet-Enquete-Kommission

Die Enquete-Kommission Internet und digitale Gesellschaft hat am 4. Juli 2011 Handlungsempfehlungen zum Urheberrecht verabschiedet. Im Zwischenbericht wird es darüber hinaus Empfehlungen zum Thema Medienkompetenz geben.

Über Netzneutralität und Datenschutz wird nach der Sommerpause abschließend beraten werden.

→ Weitere Infos zur Enquete-Kommission unter www.bundestag.de/internetenquete

Vertreterinnen der Kölner Wohlfahrtsverbände zu Gast bei der SPD-Bundestagsfraktion – Kritik an Mittelkürzungen der Bundesregierung

An der arbeitsmarktpolitischen Konferenz der SPD-Bundestagsfraktion in Berlin am 6. Juni nahmen auf Einladung der Kölner SPD-Bundestagsabgeordneten mehrere Vertreter/innen der Kölner Träger und Wohlfahrtsverbände teil. Auch **Monika Dierksmeier**, Sprecherin der Kölner Liga der Wohlfahrtsverbände und **Ulli Volland-Dörmann**, Geschäftsführerin der Arbeiterwohlfahrt Köln, nahmen die Gelegenheit wahr, sich mit Fachleuten und Abgeordneten über die aktuellen arbeitsmarktpolitischen Herausforderungen auszutauschen.



Ulli Volland-Dörmann (links) und Monika Dierksmeier nahmen an der SPD-Konferenz teil

Die Liga hatte sich kürzlich an alle Kölner Bundestagsabgeordneten gewandt. Sie warnt vor den negativen Folgen des bereits beschlossenen Sparpakets der Bundesregierung und der von Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen ins parlamentarische Verfahren eingebachten Instrumentenreform. Sie gefährdeten die Zukunft des Kölner Modells zur Arbeitsmarkt- und Beschäftigungsförderung.

Arbeitsmarktpolitischer Antrag der SPD-Fraktion

Union und FDP haben massive Einschnitte bei der Arbeitsförderung beschlossen. Damit droht die Spaltung des Arbeitsmarktes – mit Langzeitarbeitslosigkeit einerseits und Fachkräftemangel andererseits. Die SPD-Fraktion hat bei einer Konferenz mit 200 Vertretern von Wohlfahrtsverbänden und Bildungsträgern über die Folgen der schwarz-gelben Sparpolitik beraten. In einem Antrag fordern die Sozialdemokraten eine aktive Arbeitsmarktpolitik, die Chancen schafft und Bildung ins Zentrum rückt.

Hierzu **Martin Dörmann**: „Ich teile die Sorgen der Kölner Wohlfahrtsverbände. Bei einem kürzlichen Gespräch der Kölner SPD-Abgeordneten mit der Agentur für Arbeit Köln wurden unsere Befürchtungen leider bestätigt. Es ist fatal, in welchem Umfang von der Leyen die Mittel für aktive Arbeitsmarktpolitik zusammengestrichen hat. Standen im Jahr 2010 noch insgesamt 6,6 Mrd. Euro für Arbeitsmarktpolitik zur Verfügung, so sind es in 2011 nur 5,3 Mrd. Euro. Das wirft auch Köln empfindlich zurück. Den JobCentern fehlt nun das Geld für dringend erforderliche Weiterbildungs-, Qualifizierungs- und Umschulungsmaßnahmen sowie für öffentlich geförderte Beschäftigung.

Gerade die Förder- und Vermittlungsmöglichkeiten für Langzeitarbeitslose werden entscheidend geschwächt. Wichtige arbeitsmarktpolitische Initiativen stehen vor dem Aus.

Die SPD-Bundestagsfraktion lehnt das „Reformkonzept“ der schwarz-gelben Regierungskoalition entschieden ab. Offensichtlich geht es der Bundesregierung nicht darum, Menschen durch Arbeit und Beschäftigung eine dauerhafte Perspektive auf Teilhabe an der Gesellschaft zu ermöglichen, sondern lediglich auf Kosten derer zu sparen, die mehr statt weniger Unterstützung benötigen. Zeitgleich diskutiert man Steuersenkungen auf Pump, nur um der FDP Wahlkampfhilfe zu geben. Dies dokumentiert, dass die Bundesregierung jedes sozialpolitische Maß und Konzept verloren hat.

Es ist höchste Zeit, dass die Kahlschlagpolitik der Bundesregierung gestoppt wird. Unsere Alternativen liegen auf dem Tisch.

Die SPD-Bundestagsfraktion hat einen Antrag unter dem Titel „Arbeitsmarktpolitik an den Herausforderungen der Zeit orientieren – Weichen für gute Arbeit, Vollbeschäftigung und Fachkräftesicherung stellen“ im Bundestag eingebracht. „Die beiden Vertreterinnen der Kölner Wohlfahrtsverbände bezeichneten den Antrag als „richtig und absolut zielführend“.

Erstmals seit Jahrzehnten besteht in Deutschland die reale Chance, Vollbeschäftigung zu erreichen. Dafür müssen heute die Weichen gestellt werden. Der aktuelle Aufschwung und die Entspannung am Arbeitsmarkt gehen an Langzeitarbeitslosen und benachteiligten Gruppen größtenteils vorbei. Gleichzeitig haben manche Unternehmen schon heute Probleme, qualifizierte Fachkräfte zu finden.

Notwendig ist deshalb eine konzertierte Vollbe-

schäftigungsstrategie, um die Teilhabechancen aller Menschen am Erwerbsleben zu verbessern, Langzeitarbeitslosigkeit zu reduzieren und einem drohenden Fachkräftemangel vorzubeugen.

Schwarz-Gelber Kahlschlag bei der Arbeitsmarktpolitik

Doch die schwarz-gelbe Koalition hat die Arbeitsmarktpolitik zum Steinbruch für Haushaltskürzungen gemacht. Bereits 2011 hat die Bundesregierung die Leistungen der Arbeitsmarktpolitik im Haushalt des Bundes und der Bundesagentur für Arbeit um insgesamt zwei Milliarden gekürzt. In den kommenden Jahren sollen die Leistungen weiter drastisch gesenkt werden: Im Zeitraum 2012 bis 2015 summieren sich die Kürzungen auf insgesamt 26,5 Milliarden Euro. Hinzu kommen weitere Milliardeneinsparungen bei den Zahlungen des Bundes an die Bundesagentur.

Mit ihrem Gesetz zur Neuregelung der Förderinstrumente machen sich Union und FDP außerdem daran, auch den arbeitsmarktpolitischen Instrumentenkasten zu beschneiden. So sollen Förderansprüche gestrichen, verschiedene Förderleistungen eingeschränkt und mehrere Förderinstrumente abgeschafft werden.

SPD im Gespräch mit Weiterbildungsträgern

Eigentlich bestünde gerade jetzt im Aufschwung die Chance, auch jene in Beschäftigung zu bringen, die am Rand stehen. Doch Union und FDP verspielen mit ihrem Kahlschlag bei der Arbeitsförderung die Chancen, die der Aufschwung bietet. In der Folge droht die Spaltung des Arbeitsmarktes – mit verfestigter Langzeitarbeitslosigkeit einerseits und strukturellem Fachkräftemangel andererseits.

Am Mittwoch waren auf Einladung der SPD-Fraktion über 200 Träger der aktiven Arbeitsmarktpolitik aus ganz Deutschland zu Gast in Berlin. Es war eine bunte Mischung aus Vertreterinnen und Vertretern sozialer Wohlfahrtsverbände, Bildungsträgern, Jugendwerkstätten und Weiterbildungsbetrieben. In einem waren sich alle einig: Die schwarz-gelben Kürzungen werden verheerende Folgen nach sich ziehen – für Langzeitarbeitslose und Geringqualifizierte, aber auch für die Beschäftigungssituation bei Weiterbildungseinrichtungen und anderen Trägern vor Ort.

SPD-Antrag fordert zielgerichtete Arbeitsmarktpolitik

Vollbeschäftigung, gute Arbeit sowie eine starke Fachkräftebasis gehen Hand in Hand. Um die Spaltung des Arbeitsmarktes zu überwinden, ist eine leistungsfähige Arbeitsförderung unverzichtbar.

Die SPD-Fraktion hat deshalb einen Antrag unter dem Titel „Arbeitsmarktpolitik an den Herausforderungen der Zeit orientieren“ in den Bundestag eingebracht, in dem die Sozialdemokraten eine zielgerichtete Arbeitsmarktpolitik fordern, die Langzeitarbeitslosen neue Chancen öffnet, Bildung und Qualifizierung in den Mittelpunkt rückt und die Prekariisierung von Arbeit verhindert.

- Leistungsfähige Arbeitsvermittlung und ausreichende Finanzausstattung: Die SPD-Parlamentarier fordern die Bundesregierung auf, die Sparbeschlüsse bei der Arbeitsförderung zurückzunehmen. Außerdem soll die personelle Ausstattung in den Agenturen für Arbeit verbessert werden, um eine bessere Betreuung und Unterstützung von Arbeitssuchenden zu gewährleisten.
- Bildung, Ausbildung, Qualifizierung und Weiterbildung ins Zentrum stellen: Die Arbeitsmarktpolitik muss noch stärker als bisher vorsorgend aktiv werden und Bildung im Berufsverlauf mit organisieren. Erforderlich ist außerdem eine Kultur der zweiten Chance und des sozialen Aufstiegs. Die SPD-Fraktion fordert unter anderem einen Rechtsanspruch auf Ausbildung sowie auf nachholende Qualifizierung im Unternehmen. Perspektivisch soll die Arbeitslosenversicherung zur Arbeitsversicherung weiterzuentwickeln, die der Sicherung der Beschäftigungsfähigkeit dient und ein Recht auf Bildung und Weiterbildung begründet.
- Öffentlich geförderte Beschäftigung ausbauen: Öffentlich geförderte Beschäftigung eröffnet vor allem Langzeitarbeitslosen mit mehrfachen Vermittlungshemmnissen neue Perspektiven auf Teilhabe am Arbeits- und Sozialleben. Die SPD fordert, die öffentlich geförderte Beschäftigung gesetzlich neu zu regeln und die Fördermöglichkeiten zu erweitern.
- Zielgruppenspezifische Angebote entwickeln: Frauen und Alleinerziehende, Menschen mit Migrationshintergrund, Ältere, Jugendliche, Menschen mit Behinderungen sowie Menschen, die gesundheitlich eingeschränkt sind, sollen besonders unterstützt werden.
- Rechtsansprüche stärken: Die SPD-Fraktion spricht sich dafür aus, die arbeitsmarktpolitischen Instrumente daraufhin zu überprüfen, welche Ermessensleistungen in Pflichtleistungen umgewandelt werden sollten.

Gute Arbeit fördern und Arbeitgeberzuschüsse auf eine neue Basis stellen: Eine angemessene Entlohnung soll als Voraussetzung für die Gewährung von Lohnkostenzuschüssen gesetzlich verankert werden. Der Ausbildungsbonus soll entsprechend der Ergebnisse der Evaluationsforschung neu gefasst werden. Andere Arbeitgeberzuschüsse sollen verlängert, evaluiert und ggf. neu geregelt werden.

→ Der Antrag ist zum Download eingestellt unter

<http://martin-doermann.de/live/wp-content/uploads/2011/07/110705-Antrag-Arbeitsmarkt.pdf>

SPD: Atomausstieg und Energiesicherung richtig anpacken

Am 30. Juni 2011 hat der Deutsche Bundestag den Atomausstieg beschlossen und ein Gesetzespaket zur Energiewende verabschiedet.

Angesichts der Tatsache, dass die SPD seit mehr als 25 Jahren für das Ende der Atomkraft gearbeitet hat, haben wir dem Ausstiegsbeschluss zugestimmt. Mit der Vorlage des Energiepakets haben die Bundesregierung und die sie tragende Koalition eine Kehrtwende in der Energiepolitik vollzogen. Schwarz-Gelb kehrt mit geringfügigen Änderungen zurück zum rot-grünen Atomausstieg aus dem Jahr 2000. Wir beglückwünschen Union und FDP dazu, dass sie jetzt endlich auf dem energiepolitischen Stand von vor elf Jahren sind.

Die Bundesregierung muss sich an der damaligen Umsetzung des Ausstiegs messen lassen: Der von SPD und Grünen umgesetzte Atomausstieg war rechtssicher, verfassungsfest, frei von Entschädigungsleistungen und wurde nicht beklagt. Zudem folgte er dem überwiegenden Willen in der deutschen Bevölkerung.

Allein mit einem Ausstieg aus der Atomenergie ist die Energiewende noch lange nicht erreicht. Vielmehr wäre es jetzt notwendig, in vielen Bereichen den von SPD und Grünen eingeleiteten Umbau unseres Energiesystems hin zu einem sicheren, bezahlbaren und nachhaltigen Energiedienstleistungssystem fortzusetzen. Doch mit der Verabschiedung des Gesetzespakets haben die Regierungsfractionen den entgegengesetzten und damit falschen Weg eingeschlagen. Der Novelle des Erneuerbare Energiengesetzes (EEG) haben wir deshalb nicht zugestimmt. Bei der Abstimmung zum Energiewirtschaftsgesetz haben wir uns enthalten.

Schwarz-Gelb hat bewusst darauf verzichtet, in einem breiten Konsens fraktionsübergreifend die Eckpunkte für den Schlüsselsektor Energie festzulegen. Ein politischer und gesellschaftlicher Energiekonsens wurde damit verhindert. Dabei wäre ein solcher Konsens ein wichtiger Schritt, die Akzeptanz bei den Menschen für wichtige Infrastrukturprojekte wie Stromnetze, Speicher oder Erneuerbare-Energien-Anlagen zu erhöhen. Hierdurch besteht die Gefahr, dass die mit dem Netzausbaubeschleunigungsgesetz angestrebte Beschleunigung des Stromnetzausbaus verfehlt wird.

Positionen der SPD in einem Antrag zusammengefasst

In dem Antrag „Energiewende zukunftsfähig gestalten“ (Drucksache 17/6292) macht die SPD-Bundestagsfraktion deutlich, welche Bereiche die schwarz-gelbe Bundesregierung in ihren Gesetzesvorlagen nicht erfolversprechend oder nicht ausreichend berücksichtigt hat. Der Antrag stellt auch dar, welche Maßnahmen eine SPD-geführte Bundes-

regierung ab 2013 ergreifen wird, um den unter Rot-Grün begonnenen Umbau unseres Energiesystems konsequent fortzusetzen. Darüber hinaus werden unsere Gesetzentwürfe und Anträge der vergangenen Monate debattiert. Damit haben wir die Bundesregierung immer wieder aufgefordert, den Ausstieg aus der Atomenergie unumkehrbar und so



schnell wie möglich zu vollziehen. Wir haben früh klar gemacht, dass dabei die richtige Weichenstellung für eine moderne Energieversorgung durch erneuerbare Energien besonders wichtig ist.

Die Energiewende zukunftsfähig gestalten

Für die SPD-Bundestagsfraktion bedeutet der Beschluss nicht, dass ein endgültiger Ausstieg tatsächlich erst im Jahre 2022 erfolgen muss. Vielmehr werden wir in den nächsten Monaten und Jahren unter Berücksichtigung des Ausbaus der erneuerbaren Energien, der Sicherheit und der Stromversorgung weiterhin an einem schnellstmöglichen Ausstieg aus der Atomkraft arbeiten.

Unsere Forderung eines strikten Monitoring der Energiewende haben wir auch in unserem Antrag festgehalten. Im Weiteren haben wir dort festgehalten, dass das aktualisierte kerntechnische Regelwerk unverzüglich in Kraft treten muss, um für maximale Sicherheit in den weiter laufenden Kraftwerken zu sorgen. Die Bundesregierung hat die Absicht erklärt, das noch in diesem Jahr zu tun. Außerdem fordern wir eine rasche gesetzliche Regelung der ergebnisoffenen Endlagersuche. Zu einer guten Energiewende gehört nicht nur, den falschen Weg der Atomenergie zu verlassen, sondern auch, den richtigen Weg der erneuerbaren Energien einzuschlagen. Die Novelle des Erneuerbare Energiengesetzes (EEG) der Bundesregierung wird dem nicht gerecht. Die Förderung erneuerbarer Energien wird schlechter und teurer, da die enthaltenen Mechanismen den Marktbedürfnissen nicht entsprechen. Insbesondere wird das Grünstromprivileg außer Kraft gesetzt. Beim Grünstromprivileg erhalten Erzeuger von erneuerbaren Energien durch Umlagezahlungen einen Anreiz zur Wirtschaftlichkeit. Wir

fordern von der Regierung, dieses Prinzip beizubehalten.

Ausbau der erneuerbaren Energien stärker beschleunigen

Insgesamt geht der Regierungsvorschlag bei der EEG-Novelle nicht weit genug. Die Zielsetzung muss 45 Prozent statt 35 Prozent aus erneuerbaren Energien bis 2020 lauten. Darüber hinaus ergreift die Bundesregierung in der Novelle des Energiewirtschaftsgesetzes unzureichende Maßnahmen, um den stromintensiven Industrien auch in den nächsten Jahren eine sichere und bezahlbare Energieversorgung zu ermöglichen. Diese Branchen sind Grundlage für den Erhalt der gesamten Wertschöpfungskette in Deutschland. Sie sind Garant für viele Arbeitsplätze. Sie müssen international wettbewerbsfähig sein. Wir brauchen deshalb Lösungsmöglichkeiten wie eine angemessene Vergütung der durch stromintensive Industrien bereitgestellten und von den Netzbetreibern genutzten zu- und abschaltbaren Lasten und ein bezahlbares Angebot für Betriebe, die auf Grundlaststrom angewiesen sind, ermöglicht wird.

Bürger frühzeitig in Netzausbau einbeziehen

Beim Thema Netzausbau scheitert die Bundesregierung an ihrem Ziel eines beschleunigten Ausbaus. Wir fordern, dass in Abstimmung mit den Ländern eine frühzeitige und transparente Bürgerbeteiligung

stattfindet. Die Diskussion um Stuttgart 21 zeigt: Transparenz und Beteiligung bei konkreten Leitungsbauprojekten steigert die Akzeptanz bei den Bürgern, verhindert Widerstand und führt deshalb letztlich zu besseren und schnelleren Ergebnissen. Nur bei Einbeziehung der Länder können grenzüberschreitenden Projekte effektiv koordiniert werden.

Förderung von Energieeffizienz und neuer Technologien ausreichend finanzieren

Die Bundesregierung will Veränderungen am Energie- und Klimafonds vornehmen. Die Förderung von Elektromobilität, energetischer Gebäudesanierung und die Förderung energieintensiver Unternehmen soll durch den Fonds bedient werden. Der Fonds wird dabei zur Alibimaßnahme der Regierung und wird durch seine Unterfinanzierung und falsche Ausgestaltung keines seiner Ziele erreichen. Wir fordern, die genannten Förderungen in angemessener Höhe zu finanzieren. In punkto energetische Sanierung von Wohngebäuden fordern wir eine Verstärkung der Förderung in Höhe von mindestens 2 Milliarden Euro, um eine Steigerung der Sanierungsquote zu erreichen. Es darf außerdem keine übermäßige Kostenbelastung der Mieter geben.

→ Der Antrag ist abzurufen unter:

<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/062/1706292.pdf>

Das Gesetzespaket zur Energiewende

Der Deutsche Bundestag hat zur Energiewende folgende Gesetze beschlossen und dem Bundesrat zur Abstimmung vorgelegt:

- **Dreizehntes Gesetz zur Änderung des Atomgesetzes (Drs. 17/6246)**
- **Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Errichtung eines Sondervermögens "Energie- und Klimafonds" - EKFG-ÄndG (Drs. 17/6075)**
- **Gesetz zur steuerlichen Förderung von energetischen Sanierungsmaßnahmen an Wohngebäuden (Drs. 17/6074)**
- **Gesetz zur Neuregelung des Rechtsrahmens für die Förderung der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien (Drs. 17/6071)**
- **Erstes Gesetz zur Änderung schiffrechtsrechtlicher Vorschriften (Drs. 17/6077)**
- **Gesetz über Maßnahmen zur Beschleunigung des Netzausbaus Elektrizitätsnetze (Drs. 17/6073)**

- **Gesetz zur Neuregelung energiewirtschaftsrechtlicher Vorschriften (Drs. 17/6072)**
- **Gesetz zur Förderung des Klimaschutzes bei der Entwicklung in den Städten und Gemeinden (Drs. 17/6076)**

Der Bundesrat hat in seiner Sitzung am 8. Juli 2011 den Atomausstieg und die Energiewende weitgehend abgesegnet. Er billigte das Atomgesetz und sechs Begleitgesetze. Nur dem Gesetz zur steuerlichen Förderung von energetischen Sanierungsmaßnahmen an Wohngebäuden versagte er die Zustimmung. Bundestag und Bundesregierung haben nun die Möglichkeit, den Vermittlungsausschuss anzurufen.

Die Kernkraftwerke sind damit - zeitlich gestaffelt - bis zum 31. Dezember 2022 endgültig vom Netz zu nehmen. Der Anteil der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien soll bis zum Jahr 2050 kontinuierlich auf mindestens 80 Prozent steigen. Hierzu ist auch der rasche Ausbau der Energienetze vorgesehen.

Orientierungspapier Pflege der SPD-Bundestagsfraktion

Das Anfang Juli von der SPD-Bundestagsfraktion vorgelegte Orientierungspapier zur Pflegereform kann hier zum Download abgerufen werden:

http://spdnet.sozinfo/bawue/ulmkv/mattheis/dl/SPD-BTF_Orientierungspapier-Pflege.pdf

Bundestag erlaubt Gentests bei Embryos in engen Grenzen

Am 7. Juli hat der Bundestag mehrheitlich für die Zulassung der Präimplantationsdiagnostik (PID) in engen Grenzen gestimmt. 326 Abgeordnete unterstützten in der dritten Lesung den Gesetzentwurf zur Regelung der Präimplantationsdiagnostik. **(Drs. 17/5452)** Diesen fraktionsübergreifenden Gruppenantrag hatte u.a. die SPD-Abgeordnete und Vorsitzende des Gesundheitsausschusses des Deutschen Bundestages **Carola Reimann** initiiert. 260 Abgeordnete stimmten gegen den Vorschlag. Acht Abgeordnete enthielten sich. Zuvor hatten die Parlamentarier in einer sachlichen, intensiven und mehr als dreistündigen Debatte die Argumente für und gegen die PID ausgetauscht. Dem war in den letzten Monaten und Wochen eine intensive Befassung des Themas durch die Abgeordneten auch in Anhörungen vorausgegangen.

PID in fast allen Staaten Europas erlaubt

Die Präimplantationsdiagnostik (PID) untersucht Embryonen auf schwere Erbkrankheiten und Chromosomenanomalien nach künstlicher Befruchtung und vor Implantation in den Körper der Frau. Diese medizinische Möglichkeit besteht seit rund 20 Jahren. Die PID wird in fast allen Staaten Europas und weltweit bereits eingesetzt. Dadurch können bereits vor Einleitung der Schwangerschaft Fehl- und Totgeburten und die Weitergabe von besonders schweren Erkrankungen an das Kind verhindert werden. Gleichzeitig lassen sich dadurch schwere Belastungen, vor allem der betroffenen Frauen aber auch der Familien insgesamt, abwenden. Der Berliner Reproduktionsmediziner Prof. Dr. Kantenich geht in Deutschland von 200 Fällen aus, bei denen eine PID zur Anwendung kommen könnte.

Gegner der PID fürchten ihre Ausweitung

Die Gegner der PID befürchten ihre Ausweitung auf andere Krankheiten sowie auf die Erzeugung von Helfer-Babies, deren Nabelschnurblut z.B. erkrankten Geschwisterkindern helfen soll. Schlimmstenfalls wird die Erzeugung sogenannter Designer-Babies durch Positiv-Selektion erwartet. Auf der anderen Seite glauben die PID-Gegner, dass durch die Möglichkeit des Aussortierens von Embryonen Druck auf die Eltern ausgeübt werde, ein gesundes Kind haben zu müssen. Hierbei würde zwischen lebenswertem und nicht lebenswertem Leben unterschieden.

Bundesgerichtshofsentscheidung machte gesetzliche Regelung notwendig

Über viele Jahre galt die PID durch das Embryonenschutzgesetz in der politischen und wissenschaftlichen Debatte als verboten. So tat es die Enquete-Kommission "Recht und Ethik in der modernen Medizin des Deutschen Bundestages" in ihrem Abschlussbericht 2002. Zum gleichen Schluss kam der

Nationale Ethikrat in einer Stellungnahme aus dem Jahr 2003. Erst das Urteil des Bundesgerichtshofs auf Grund der Selbstanzeige eines Berliner Arztes, kam am 6. Juli 2010 zu der Überzeugung, dass die PID im Embryonenschutzgesetz nicht grundsätzlich verboten ist und eine gesetzliche Regelung zu treffen sei.

Befürworter der PID halten grundsätzliches Verbot für verfassungsmäßig bedenklich

Im Gesetzentwurf zur Regelung der Präimplantationsdiagnostik wird die Auffassung vertreten, dass ein grundsätzliches Verbot der PID, das vorbelasteten Paaren, die Möglichkeit nimmt, eigene genetisch gesunde Kinder zu bekommen, verfassungsmäßig bedenklich sei. Außerdem stünde ein Verbot im Widerspruch zu der Möglichkeit der Frau bei einer durch Pränataldiagnostik festgestellten schweren genetischen Erkrankung des Embryos sowie bei medizinischer Indikation, einen Schwangerschaftsabbruch vornehmen zu lassen. Auch die Polkörperdiagnostik sei keine Alternative zur PID, weil dabei nur das Genom der Frau untersucht werde.

Über jede PID muss eine Ethikkommission individuell entscheiden

Der beschlossene Gesetzentwurf sieht vor, um Rechtssicherheit für die Eltern und Ärzte zu schaffen, das Embryonenschutzgesetz um eine Regelung zu ergänzen. Diese legt die Voraussetzungen und das Verfahren einer PID fest. Um den Missbrauch dieser Untersuchungsmethode zu vermeiden, ist die PID nur nach verpflichtender Aufklärung und Beratung sowie einem positivem Votum einer interdisziplinär zusammengesetzten Ethikkommission zulässig. Dabei handelt es sich um Fälle bei denen ein Elternteil oder beide die Veranlagung für eine schwerwiegende Erbkrankheit in sich tragen oder mit einer Tot- oder Fehlgeburt zu rechnen ist. Die Ethikkommission entscheidet immer individuell über jeden ihr vorgetragenen Fall, es wird keine Listen von Krankheiten und Chromosomenanomalien geben. Im Vorfeld der PID muss eine sorgfältige Diagnostik bei den Eltern nach strengen Kriterien durchgeführt werden. Um hohe medizinische Standards zu gewährleisten, soll die PID nur an lizenzierten Zentren durchgeführt werden. Deren Anzahl und Zulassungsvoraussetzungen soll die Bundesregierung regeln.

Neben dem beschlossenen Gruppenantrag standen zwei weitere zur Abstimmung. Einer sah das grundsätzliche Verbot der PID vor. Der andere wollte die Anwendung auf Fälle begrenzen bei denen eine Fehl- oder Totgeburt sowie der Tod des Kindes in den ersten 12 Lebensmonaten wahrscheinlich ist.

Bundestagsrede von Carola Reimann zum PID-Gesetzentwurf

In der Plenardebatte vom 7. Juli 2011 begründete **Carola Reimann** (SPD-Fraktion) den später mit Mehrheit verabschiedeten Gesetzentwurf zur Präimplantationsdiagnostik wie folgt:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich will meine Rede mit einem Beispiel beginnen. Frau Professor Bettina Schöne-Seifert, eine der Sachverständigen, hat es uns in der Anhörung im Gesundheitsausschuss eindrücklich geschildert.

Bei dem Beispiel handelt es sich um ein Paar mit einer bekannten Veranlagung beider Eltern für eine schwere Stoffwechselerkrankung. Beide Eltern tragen die genetische Veränderung einmal, sodass sie beide selbst nicht erkrankt sind. Der Zufall hat es nun gewollt, dass diese beiden Träger sich treffen. Bei ihnen besteht eine Wahrscheinlichkeit von 25 Prozent, dass ihr Kind zwei solcher genetischen Veränderungen trägt - von beiden Elternteilen - und dann mit einer schweren Stoffwechselerkrankung geboren wird, die in den ersten Lebensjahren zum Tod führen wird. Das Paar hat bereits zwei Kinder mit dieser Krankheit zur Welt gebracht und leider verloren.

Wenn die PID ganz verboten wird, liebe Kolleginnen und Kollegen, wie es der Gesetzentwurf der Abgeordneten Göring-Eckardt und Singhammer vorsieht, kann man diesem Paar keine Hilfe anbieten. Ich frage: Kann man diesem Paar, das bereits eine solche Leidensgeschichte hinter sich hat, zumuten, dass es diese Tortur ein drittes Mal auf sich nimmt, oder soll dieses Paar ganz auf weitere Kinder verzichten? Das Paar, von dem in diesem Beispiel die Rede ist, hätte auch nach dem Gesetzentwurf der Kollegen Röspel und Hinz keine Möglichkeit zur PID. Ich frage Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen: Was sagen Sie diesen Betroffenen?

Wir, die Befürworter einer begrenzten Zulassung der PID, wollen diesem Paar individuelle Hilfe anbieten. Unser Ziel ist es, Menschen, bei denen aufgrund einer genetischen Disposition für ihre Nachkommen das hohe Risiko einer schwerwiegenden Erbkrankheit besteht oder die eine Fehl- oder Totgeburt fürchten müssen, die Chance zu geben, sich für ein eigenes Kind zu entscheiden.

Oft wird uns entgegnet, dass durch unsere Regelung der Druck auf die Paare, ein gesundes Kind zu bekommen, so enorm groß würde, dass sie sich nicht mehr frei entscheiden können. Ich frage mich aber: Was soll denn die Schlussfolgerung aus dieser Hypothese des Rechtfertigungsdrucks sein - die Freiheit aller einzuschränken?

Auf der anderen Seite entsteht häufig der Eindruck, es gäbe geradezu einen Zwang zur PID. Auch das - das will ich hier betonen - ist nicht der Fall. Niemand ist verpflichtet, diese Möglichkeit in Anspruch zu nehmen. Wer sich für die Möglichkeit einer PID ent-

scheidet, muss die belastende Prozedur einer künstlichen Befruchtung auf sich nehmen.

Es geht in unserem Entwurf auch nicht um intelligente Kinder mit einer bestimmten Augenfarbe. Wer die Prozedur einer PID auf sich nimmt, tut das nicht, um ein Baby mit blauen Augen zu bekommen. Das ist medizinisch gar nicht möglich, und auf die Belastungen der künstlichen Befruchtung habe ich hingewiesen. Es ist geradezu absurd, anzunehmen, dass sich Frauen dieser Belastung freiwillig aussetzen, nur um ein bestimmtes Merkmal ihres Kindes auswählen zu können.

Den betroffenen Paaren eine solche Motivation zu unterstellen, halte ich für eine Form der Verleumdung. Sie wird der Konfliktsituation dieser Paare in keiner Weise gerecht. Kein Paar und auch keine Frau entscheidet sich leichtfertig für eine PID.

Kolleginnen und Kollegen, eine Zulassung der PID in Grenzen bedeutet auch keinesfalls eine Garantie auf ein gesundes Kind. Wir wollen den betroffenen Paaren aber die Möglichkeit eröffnen, ein Kind zu bekommen, das überhaupt eine Chance auf Leben hat. PID bedeutet für die Betroffenen vor allem eine Hoffnung, und diese wollen wir ihnen nicht nehmen. Die Betroffenen sollen nicht einfach ihr Leid hinnehmen müssen. Wir ertragen auch anderes Leid nicht einfach, sondern behandeln und therapieren es. Warum sollte das für Paare mit einer solchen genetischen Risikokonstellation anders sein?

Ich bin der festen Überzeugung, dass wir als Gesetzgeber nicht das Recht haben, den betroffenen Paaren diese medizinische Möglichkeit zu versagen. Deshalb schlagen wir eine begrenzte Zulassung der PID vor - mit einer Einzelfallentscheidung durch eine Ethikkommission und einer ausführlichen Beratung und nur in zugelassenen Zentren.

Wir, die wir für eine Zulassung in engen Grenzen werben, sind davon überzeugt, dass ein verantwortungsvoller Umgang mit der PID möglich ist. Wir wollen Paaren, wie ich sie eingangs beschrieben habe, Hilfe anbieten. Ich finde, wir sollten diesen Paaren, die einen so langen Leidensweg hinter sich haben, Vertrauen entgegenbringen, statt ihnen durch ein Verbot jede Hoffnung auf ein eigenes Kind zu nehmen.

Kolleginnen und Kollegen, ich bitte Sie, im Interesse der betroffenen Menschen für unseren Gesetzentwurf zu stimmen. Danke schön.

Die politische Kommunikation im und über das Internet gewinnt immer mehr an Bedeutung. In unserer Serie wollen wir „Politische Internetseiten“ vorstellen, die aus sozialdemokratischer Sicht eine besondere Bedeutung haben.

www.bundestag.de

Homepage des Deutschen Bundestages

Inhaltliches

Themen

Bereits auf den ersten Blick besticht die Homepage des Deutschen Bundestages durch eine große Bandbreite an Informationen. Optisch ansprechend aufbereitet, bietet die Seite eine große Themenvielfalt. Das Angebot richtet sich dabei an alle, vom „Politiklaien“ bis hin zum Politiktreibenden.

Eine umfassende Mediathek mit vielen Videos, offizielle Drucksachen und Anträge, Sitzungsprotokolle und tagesaktuelle Nachrichten sind ebenso gut zu finden wie Besucherinformationen, Geschichtliches, Termine oder einzelne Personen.

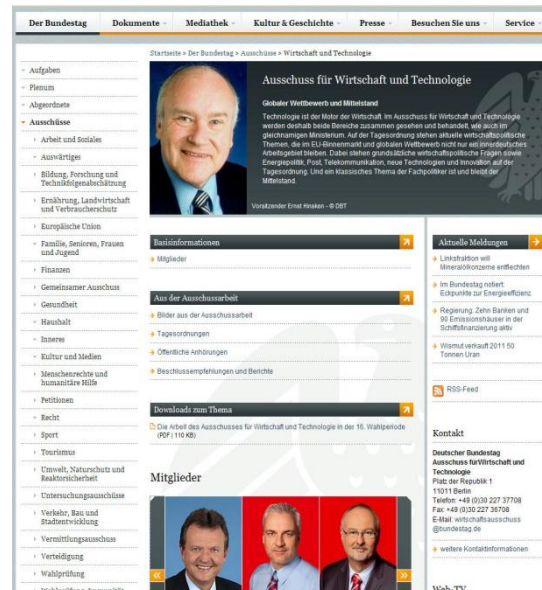
Bemerkenswert ist zudem die Aufbereitung der Themen für verschiedene Altersklassen. So gibt es angeschlossen an Bundestag.de noch die Ablegerseiten www.kuppelkucker.de sowie www.mitmischen.de. Diese richten sich an Kinder und Jugendliche, um auch für sie Politik so spannend und erlebbar wie möglich zu veranschaulichen.

Zusätzliche Funktionen

Interaktivität

- Seitendarstellung in **verschiedenen Sprachen** (Deutsch, Englisch, Französisch, teilweise in Arabisch)
- RSS-Feeds nach Themen abonnieren (Wirtschaft, Umwelt etc)
- Gesonderter RSS-Feed für Dokumente (Pressemitteilungen Drucksachen usw.)
- Sehr aktuelle **Bildergalerie** mit Fotos in verschiedenen Qualitäten zum herunterladen
- Umfangreiches **Videoarchiv**, sowie live Übertragungen, Reportagen und sogar eine Kinderserie

Struktur



Besonderheit



Als besonderen Service bietet die Seite des Bundestags gesonderte Portale für Kinder und junge Erwachsene. Hier wird Politik und aktuelle Weltgeschehen Altersgerecht aufbereitet.

Für Kinder wird auf der Seite www.kuppelgucker.de in vielen kleinen Comics und Animationen die Arbeit des Bundestags spielerisch vermittelt.

Für junge Erwachsene bietet das Portal www.mitmischen.de mannigfaltige Möglichkeiten Politik zu erleben und aktiv mitzugestalten.

Die App des Bundestages für iPhone und iPad

Zum Service des Deutschen Bundestages gehört neben der Homepage auch eine Applikation für mobile Apple Geräte wie iPhone und iPad. Diese ist kostenfrei im App-Store herunterzuladen. Für Android-Geräte ist leider momentan noch keine derartige Anwendung erhältlich.

Inhaltliches

Themen

Die App bietet ein ähnlich umfassendes Informationsangebot wie die dazugehörige Homepage. Die Rubrik „Aktuelles“ ist mit ihren Artikeln an die Startseite der Internetseite angepasst. Diese sind stets tagesaktuell.

In einem Plenumsplan sind die Sitzungen der nächsten Tage angezeigt. Dazu abrufbar sind jeweils die Sitzungszeit sowie die Tagesordnung.

Desweiteren verfügt die App über Informationen zu allem Bundestagsabgeordneten und Ausschüssen.

In der Kategorie „Besuch“ lässt sich auch von unterwegs ein Besuch im Deutschen Bundestag planen.

Die Anwendung richtet sich mit ihrem Umfang an jede Art User. Egal, ob man aktuelle politische Informationen sucht, sich nur über eine bestimmte Person informieren will oder selbst politiktreibend ist - mit „Bundestag“ kann man die Infos überall mobil anrufen.



Zusätzliche Funktionen

Interaktivität

- **Sitzungsplan** mit Tagesordnung und zu besprechenden Drucksachen
- Informationen zu aktuellen **Debatten**
- Bundestags**abgeordnetenverzeichnis** mit Informationen zu Person, Aufgaben, Wahlkreis und Kontakt
- Jeder **Ausschuss wird** mit Artikeln, Mitgliedern und Aufgaben **vorgestellt**
- **Aktuelles vom Besucherdienst**: Kontakt, Besucherinformationen zum Bundestag und angeschlossenen Institutionen
- Informationen zu **Führungen und Veranstaltungen** im Deutschen Bundestag



Aufgabenschwerpunkte: Wirtschaft und Medien

- Seit 2002 direkt gewählter Bundestagsabgeordneter im Wahlkreis Köln I

Funktionen und Mitgliedschaften im Deutschen Bundestag

- Medienpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion
- Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Technologie
- Stellv. Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaft und Technologie
- Stellv. Mitglied in der Enquete-Kommission „Internet und digitale Gesellschaft“
- Stellv. Mitglied im Ausschuss für Kultur und Medien
- Mitglied im Unterausschuss „Neue Medien“
- Mitglied im Vorstand der SPD-Bundestagsfraktion
- Mitglied im Vorstand der NRW-Landesgruppe der SPD-Bundestagsfraktion
- Berichterstatter der SPD-Fraktion für Medien, Telekommunikation und Raumfahrt

Sonstige Funktionen

- Mitglied im Beirat der Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen (Regulierungsbehörde)
- Mitglied der Medienkommission beim SPD-Parteivorstand / Koordinator für den Gesprächskreis „Digitale Infrastruktur“

Die Büros in Berlin und Köln

Abgeordnetenbüro Berlin

Martin Dörmann, MdB
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Besucheradresse:

Konrad-Adenauer-Straße 1,
Paul-Löbe-Haus, Raum 7.340

Tel.: 030 / 227 734 18

Fax: 030 / 227 763 48

martin.doermann@bundestag.de

Mitarbeiterteam

Stefan Stader (Büroleiter),
Dr. Marc Drögemöller

Öffnungszeiten

Sitzungswochen

Mo.– Fr.: 8:30 bis 19 Uhr

Sitzungsfreie Wochen

Mo.- Do.: 9 bis 18 Uhr

Fr.: 9 bis 17 Uhr

Bürgerbüro Porz (Wahlkreisbüro – Gemeinschaftsbüro mit Jochen Ott, MdL)

Hauptstraße 327
51143 Köln (Porz)

Tel.: 02203 / 521 44

Fax: 02203 / 510 44

martin.doermann@wk.bundestag.de

Mitarbeiterteam von Martin Dörmann

Tim Cremer, Esther Frenzel,
Nadesha Klugiewicz,
Ralf Steinmeier (Webmaster)

Öffnungszeiten

Mo. bis Do.: 10 bis 18 Uhr

Fr.: 10-14 Uhr

Bürgerbüro Kalk (Gemeinschaftsbüro mit Stephan Gatter, MdL)

Kalker Hauptstraße 212
51103 Köln (Kalk)

Tel.: 0221 / 870 43 02

Frank.heinz@landtag.nrw.de

Mitarbeiter von Stephan Gatter

Frank Heinz

Öffnungszeiten

Mo., Mi.: 9 bis 12 Uhr

Do.: 14 bis 17 Uhr

Fr.: 12 bis 15 Uhr

Bürgerbüro der Kölner SPD-Bundestagsabgeordneten

Magnusstraße 18b
50672 Köln (Innenstadt)

Tel.: 0221 / 169 195 77

Fax: 0221 / 169 195 79

koelner-spd-mdb@netcologne.de

Mitarbeiterin

Renate Dinkelbach

Öffnungszeiten

Mo.– Do.: 9 bis 18 Uhr

Sitzungswochen des Deutschen Bundestages 2011

Die 3., 4., 6., 8., 11., 12., 14., 15., 19., 21., 23., 26., 27., 36., 38., 39., 42., 43., 45., 47., 48., und 50. KW sind Sitzungswochen. Eine Übersicht ist abrufbar unter:

www.bundestag.de/parlament/plenargeschehen/sitzungskalender/index.html

IMPRESSUM

BERLIN DEPESCHE

Zeitung für den Bundestagswahlkreis Köln I (Porz, Kalk, nördliche Innenstadt)

HERAUSGEBER

Martin Dörmann, MdB,
Deutscher Bundestag,
Platz der Republik 1,
10111 Berlin

REDAKTION

Martin Dörmann (verantwortlich),
Nadesha Klugiewicz

TEXTQUELLEN

Interview S. 7: „Das Parlament“
(27/2011);

S. 8, 12: spdfraktion.de

BILDNACHWEIS

Büro Dörmann S. 3, 4, 5, 8;
Jörg Grahl S. 3; katjamast.de S. 4;
Ulrichkelber.de S. 4;
peersteinbrueck.de S. 4; Monique
Wüstenhagen S. 7; Flickr.com (by
springfield) S.10; Bundestag.de S. 14

ERSCHEINUNGSWEISE

Die Berlin Depesche erscheint etwa
fünfmal im Jahr. Sie wird auf der
Homepage eingestellt sowie per
eMail an einen besonderen Verteiler
versendet.

E-MAIL VERTEILER

Wer in den eMail-Verteiler aufgenommen
werden möchte, sendet eine Nachricht an:

martin.doermann@bundestag.de

(Mitglieder bitte mit Angabe des
Ortsvereins)

FRÜHERE AUSGABEN

Frühere Ausgaben sowie Themen-
Sonderausgaben sind auf der Ho-
mepage eingestellt.

HOMEPAGE

www.martin-doermann.de

